

Walter Scheel, jeden Bonner Zweifel auszuräumen, Russen und Amerikaner könnten sich hinter dem Rücken ihrer europäischen Verbündeten über einen ausgewogenen Truppenabzug (MBFR) verständigen.

Wohlvollend hörte der Amerikaner zu, als der Deutsche seinen ehrgeizigen Plan entwickelte, den Modus vivendi mit der DDR durch ein Vertragsgeflecht abzusichern und zu verbessern, ohne daß die verbesserten Beziehungen zur formellen völkerrechtlichen Anerkennung der DDR führen.

Mitte Januar wollen die beiden deutschen Staatssekretäre Egon Bahr (West) und Michael Kohl (Ost) die Verhandlungen über einen Verkehrsvertrag zwischen BRD und DDR fortsetzen, über dessen Grundzüge sich die beiden bereits weitgehend einig sind. Den Abschluß dieses Vertrags datieren Brandt und seine Berater auf Mitte dieses Jahres.

Danach möchte Bonn die wesentlich komplizierteren Verhandlungen über einen Generalvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten beginnen, der ebenfalls unterhalb der Schwelle der formalen völkerrechtlichen Anerkennung bleiben soll.

Noch sind sich die Vertragsplaner nicht darüber im klaren, ob nur Grundsätze der Beziehungen zwischen BRD und DDR definiert oder aber das Verhältnis im Detail geregelt werden kann. Für die zweite Möglichkeit hat Egon Frankes Innerdeutsches Ministerium bereits einen Wunschkatalog mit 160 Positionen zusammengestellt. Kernproblem eines allgemeinen Grundkontraktes wird die Garantie einer größeren Freizügigkeit zwischen den beiden Staaten in Deutschland sein.

Optimisten in Brandts Beraterstab bauen darauf, daß der Generalvertrag noch bis Ende 1972 abgeschlossen wird, Realisten tippen auf Mitte 1973.

Damit wäre nicht nur eine jener 20 Thesen abgehakt, die Kanzler Brandt bei seinem Kasseler Treffen vergebens dem DDR-Ministerpräsidenten Stoph vorschlug, sondern auch ein Haupteinwand der Opposition hätte sich erledigt. In einem weiteren Passus dieses Vertrages soll die Aufnahme beider Staaten in die Vereinten Nationen vereinbart werden.

So ehrgeizig die in Key Biscayne — „nach Methode, Taktik und Timing“ (Brandt) — voll abgesicherten deutschen Entspannungspläne sind, so waghalsig muten sie wegen einiger schwieriger Hindernisse an. So können Fahrplan und Gesamtkonzept erschüttert werden, wenn

▷ die DDR — diesmal nicht unter Druck der Russen — den Verkehrsvertrag mit der Forderung verzögert, in der Pakt-Präambel müsse die

DDR als völkerrechtlich souveräner Staat bezeichnet und somit von Bonn formal anerkannt werden;

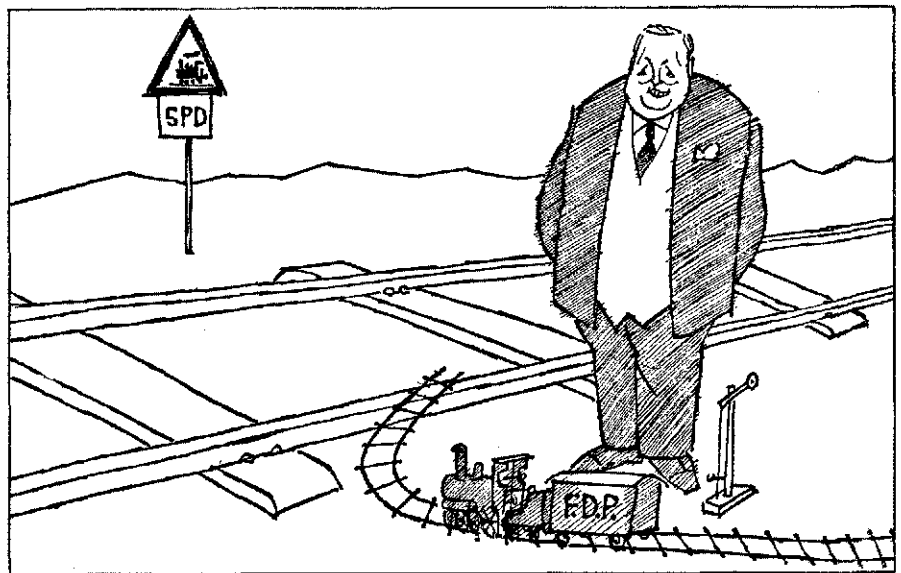
▷ in der BRD die sozialliberale Koalition den nach fast einhelliger Meinung zustimmungsbedürftigen Generalvertrag mit der DDR nicht durch den Bundesrat bringen kann, in dem die CDU/CSU-geführten Länder derzeit eine Mehrheit haben.

Wie die Bonner Opposition zu operieren gedenkt, wird der amerikanische Präsident in nächster Zeit aus erster Hand erfahren können. Vorsichtig fragte Nixon am Ende des Freundschaftsdialogs bei Brandt an, ob es dem Kanzler genehm sei, wenn er den CDU/CSU-Oppositionsführer Rainer Barzel auf dessen Wunsch empfangt. Der Kanzler hatte nichts dagegen.

milienleben. Er stellt sich gerne selbst mit einem leicht progressiven Touch dar und liebt etwas Extravaganz, die freilich stets in Grenzen bleiben muß. Er legt Wert darauf, immer elegant und modisch angezogen zu sein. Er hält Mercedes-Automobile für konservativ und zieht es vor, BMW zu fahren.

Das Phantom lebt. Verblüfft entnehmen die FDP-Strategen einer umfassenden Motivstudie der „Arbeitsgruppe für psychologische Marktanalysen“ unter Leitung des Sozialpsychologen Professor Reinhold Bergler, daß der ideale Freidemokrat bereits an der Spitze ihrer Partei steht: Walter Scheel, Außenminister und Vizekanzler in Willy Brandts sozialliberaler Regierung.

BMW-Fan Scheel, so fanden die Analytiker des Polit-Marktes heraus,



Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt

Die Weichen sind gestellt!

Für AA-Chef Walter Scheel reduzierte sich die Visite Barzels, der jüngst in Moskau mit einer extravaganten Bismarck-Mütze Aufsehen erregt hatte, auf eine protokollarische Frage: „Welchen Hut wird er dabei wohl aufsetzen?“

FDP

Phantom lebt

Die Freien Demokraten planen eine Strategie des begrenzten Konflikts mit ihrem Koalitionspartner SPD, weil sie 1973 eine absolute Mehrheit der Sozialdemokraten befürchten.

Die Liberalen wollten es genau wissen. Von Sozialforschern ließen sie den Idealtyp des FDP-Politikers ermitteln:

Der Gesuchte ist — so ergab die Phantom-Studie — etwa 40 bis 50 Jahre alt, hat zwei Kinder und führt ein harmonisches, aber flottes und lustiges Fa-

komme „den Idealprofilen recht nahe“. Allenfalls bleiben Wünsche „nach etwas mehr Härte und Ernsthaftigkeit“ offen.

Auch der Kundenkreis für den Markenartikel Scheel hat das Bergler-Team herausdestilliert. Danach ist der ideale sozialliberale FDP-Wähler Student, Akademiker oder gar Professor. Er ist kontaktfreudig, jung, modern, kritisch, leicht links orientiert und reformfreudig. CDU-Wähler halten ihn häufig für einen verkappten SPD-Genossen, für einen suspekten Akademiker oder einen „gottlosen linken Querulanten“. SPD-Wähler akzeptieren ihn als Partner, sind aber der Ansicht, daß sein sozial-kritisches Engagement bei den Sozialdemokraten besser aufgehoben wäre.

Animiert von Berglers Erkenntnissen will FDP-Generalsekretär und Wahlkampfmanager Karl-Hermann Flach in dieser Woche auf dem traditionellen Stuttgarter Dreikönigstreffen der Liberalen ein neues Erfolgskonzept entwickeln.

Im Arbeitsstübchen seines Reihen-eigenheims in Steinbach am Taunus tippte Flach den Text seiner Rede, die er am Donnerstag in Stuttgart halten wird. Parteichef Scheel will sich zwar in der Liederhalle zeigen, den großen Auftritt aber hat er seinem neuen Partei-Profos überlassen.

Schon jetzt bereitet Flach alternative Strategien vor. Sollte sich eine absolute CDU/CSU-Mehrheit abzeichnen, dann wollen die Liberalen die Gefahr eines rückständigen Unions-Staates beschwören. Denn nur eine starke FDP könne die Rückkehr von Strauß und Barzel an die Macht verhindern.

Viel wahrscheinlicher erscheint Flach und der FDP-Spitze freilich die Möglichkeit einer absoluten SPD-Mehrheit im nächsten Bundestag. Angesichts der ungewöhnlich günstigen Umfrage-Ergebnisse für den sozial-demokratischen Koalitionspartner sei ein solches Resultat nicht mehr auszuschließen.

Wenn sich die Gefahr abzeichnet, daß die FDP wegen einer übermächtigen SPD nicht zur Regierungsbildung gebraucht wird, wollen sich die Liberalen von den Genossen distanzieren. Willy Brandt, Karl Schiller und andere gemäßigte Sozialdemokraten sollen den Wählern dann als Gefangene ihrer radikalen Parteifreunde dargestellt werden, die in der Bundesrepublik den Sozialismus einführen wollten. Flach: „Wir müssen den Leuten klarmachen: Wer Brandt und Schiller will, und nicht Karsten Voigt und Erhard Eppler, muß die FDP wählen.“

Auf jeden Fall aber soll sich die FDP mit einer Strategie des begrenzten Konflikts innerhalb der Koalition von der SPD abheben und sich dem von Bergler skizzierten Idealwähler als liberales Korrektiv darstellen.

Bevorzugter Tummelplatz der Liberalen wird das von den parteilosen Minister Hans Leussink nur unzulänglich betreute Gebiet der Wissenschafts- und Bildungspolitik sein. Denn aus den Bergler-Recherchen lernten sie, daß die Wähler von der FDP auf diesem Gebiet besonders viel erwarten und große Hoffnungen auf die Freidemokratin Hildegard Hamm-Brücher setzen.

So paßte es denn in Flachs Konzept, daß die von ihrer Ministeriumsarbeit unbefriedigte Leussink-Staatssekretärin noch im Mai den Posten quittiert, um von Bayern aus die Politik ihres früheren Chefs zu attackieren.

Weiterer Angriffspunkt soll die ungeschickte Rechtspolitik des SPD-Justizministers Gerhard Jahn sein, dem die Liberalen vor allem „spießbürgerliche Kleinlichkeit“ (Flach) bei der Reform des Abtreibungsparagraphen 218 vorwerfen.

Auch zur bislang von der FDP vernachlässigten Wirtschaftspolitik will sich der kleine Koalitionspartner künftig zu Wort melden: freilich nicht mit



FDP-Strategie Flach
„Wer Brandt will, muß FDP wählen“

Kritik an Doppel-Minister Karl Schiller, sondern mit flankierenden Vorschlägen. Wortführer wird Walter Scheel selber sein, der sich von FDP-Sympathisanten aus den Unternehmer-Verbänden munitionieren lassen will.

Mit Scheels Auftritten als Wirtschaftsexperte hofft Flach eines seiner Hauptprobleme angehen zu können. Zwar ist Scheel laut Umfragen so bekannt wie Willy Brandt, und seine Popularität nimmt ständig zu. Doch wissen nur wenige, daß der von ihnen so geschätzte Außenminister auch Führer der FDP ist.

Für die freidemokratischen Wahlstrategen ist es daher wichtig, diese Identifikationslücke zu schließen, weil Scheel als einziger in der Führungsmannschaft in der Lage ist, nicht nur neue, sozialliberale Wähler anzuziehen, sondern auch alte, konservativ-liberale Anhänger bei der Partei zu halten. Nur der Vizekanzler wird deshalb mit seinem Porträt auf den Litfaßsäulen und Plakatwänden im Herbst 1973 für die FDP werben.

Schon heute ist sich die Führungscrew der im Bundestag nur noch mit 5,8 Prozent vertretenen FDP eines Wahlerfolgs sicher. Und wie eh fand sich auch diesmal wieder der liberale Optimist. Kühn sagte Nordrhein-Westfalens FDP-Chef Willi Weyer für den Urnengang 1973 voraus: „Zehn Prozent sind keine Illusion mehr.“

Folgerichtig plant die Partei für den Tag danach. Statt bisher drei möchten die Liberalen dann von den Sozialdemokraten vier Kabinettsposten einfordern: Neben ihrem Besitzstand — Außen-, Innen- und Agrarressort — wollen sie entweder ein neu zu bildendes Industrie- oder das Bildungs- und Wissenschaftsministerium haben.

Ein führender Freidemokrat möchte dieser Kabinettsriege freilich nicht mehr angehören: Scheel-Vize und Innenmini-

ster Hans-Dieter Genscher würde am liebsten den Vorsitz einer größeren und einflußreicheren FDP-Bundestagsfraktion übernehmen und sein Ressort dem bisherigen Fraktionschef Wolfgang Mischnick abtreten.

SPD/KIRCHEN

Unruhe im Orden

Um das Verhältnis zu den Kirchen aufzubessern, will der SPD-Vorstand Gottesmänner in der „Baracke“ beschäftigen. Dem Jesuitenorden ist das aber nicht geheuer.

Der evangelische Synodale Erhard Eppler glaubt fest daran, daß alle guten Willens sind. Der SPD-Entwicklungsminister: „Die Reibereien sind ein reines Informationsproblem. Die SPD weiß oft nicht Bescheid, was in den Kirchen vor sich geht, und die Kirchen wissen oft nicht, was in der SPD läuft.“

Doch just am guten Willen scheint es zu fehlen — namentlich bei der katholischen Kirche. Seit anderthalb Jahren bemüht sich der SPD-Vorstand darum, geistliche Herren beider Konfessionen als Referenten für die Beziehungen der SPD zu den Kirchen zu gewinnen. Im Sold der Baracke stehende Gottesmänner sollen das noch immer verkrampfte Verhältnis der Amtskirchen zu den Sozialdemokraten entspannen und die Vorbehalte Strenggläubiger gegen die Partei abbauen.

Den gesuchten protestantischen Kontaktmann, „einen Theologen aus dem Kirchendienst“, hofft Entwicklungshilfeminister Eppler, im Parteivorstand für Evangelisches zuständig, „schon in nächster Zeit“ engagieren zu können. Ob und wann jedoch ein professioneller Katholik im SPD-Hauptquartier einzieht, ist nach wie vor offen.

Noch vor kurzem wählten die Parteioberen endlich einen katholischen



Bewerber Trost
Anspruchsvolle Aufgabe